

23.06.2006

Agrarsubventionen auf den Prüfstand: Transparenz bei der Agrarförderung herstellen und Arbeitsplätze als Kriterium berücksichtigen!

Anlässlich des Fachgespräches "Anforderungen an eine zukunftsfähige EU-Agrarförderung" der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert **Ulrike Höfken**, Vorsitzende des Agrarausschusses des Bundestages und verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion:

Die Entwicklung zeigt: die heutige Agrarpolitik gibt den ländlichen Räumen und Betrieben keine Perspektive, sondern führt zu Entleerung und sozialen Verwerfungen. Ein Paradigmenwechsel muss eingeleitet werden, um die Instrumente und Ziele auf die künftigen Herausforderungen und mehr Wertschöpfung auszurichten.

Die Debatte über die Agrarsubventionen ist hochaktuell. Dank des "Verhandlungsgeschicks" von Bundeskanzlerin Angela Merkel erhält Deutschland für die Entwicklung der Ländlichen Räume rund 40 Prozent weniger von der EU. Damit steigt die Notwendigkeit, vom Instrument der "freiwilligen Modulation" (die Verwendung von bis zu 20 Prozent der Direktzahlungen für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung) in Deutschland Gebrauch zu machen.

Es besteht weiterhin starker Druck auf die Agrarausgaben insgesamt, besonders seitens Großbritanniens. Die WTO-Verhandlungen erfordern weitere Anpassungen. Mit den Vorschlägen der EU-Kommission zur Einführung einer Obergrenze von 300.000 EUR bei den Direktzahlungen ist die Debatte um die Zukunft der EU-Agrarpolitik bereits eröffnet. Deutschland muss sich auf die Revision der Beschlüsse 2008 vorbereiten.

Für eine zukunftsfähige Agrarförderung fordert die Grüne Bundestagsfraktion:

1. Arbeitsplätze und Beschäftigungswirkung berücksichtigen! Agrarsubventionen dürfen nicht fürs "Nichtstun" gezahlt werden. Heute werden die arbeitsintensiven Betriebe, die einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der regionalen Wirtschaft im ländlichen Raum leisten, deutlich benachteiligt. Die höchsten Prämien kassieren die Betriebe mit der größten Flächenausstattung. Dafür reicht es, einmal im Jahr mit dem Trecker und Mulchgerät drüber zu fahren, das muss geändert werden. Das Kriterium Arbeitskraft muss in die Fördervoraussetzung einbezogen werden.
2. Schnellstens Transparenz über die Verteilung der Gelder herstellen! Zur Unterstützung einer solchen Reform muss das schwer durchschaubare System der Agrarförderung transparent gestaltet werden, wie die EU-Kommission in ihrem "Grünbuch zur Europäischen Transparenzinitiative" vorschlägt. Das fordert auch die Transparenzinitiative, ein Zusammenschluss aus 27 Organisationen aus Umwelt- und Tierschutz, Landwirtschaft und Entwicklungspolitik. In 11 europäischen Staaten wird "Transparenz" bereits praktiziert. Wie das in den Niederlanden funktioniert, erläutert der Vertreter der Niederländischen Botschaft, Tjeerd de Grot. Dort sind im Internet die Daten für die Öffentlichkeit frei zugänglich. Die Grüne Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, dieses schnellstens auch in Deutschland umzusetzen.
3. Förderung für die Entwicklung des ländlichen Raums intensivieren! Die zweite Säule der Agrarförderung mit den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung muss weiter ausgebaut werden. In diese Richtung müssen die Agrarhaushalte umgeschichtet werden.

Die Grüne Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung, die Möglichkeit der freiwilligen Modulation zur Aufstockung der Mittel für die ländliche Entwicklung zu nutzen. Dabei sollen zur Umschichtung Arbeitsplatz bezogene Modelle genutzt werden. Eine regionale Verschiebung von

Fördermitteln, etwa zu Ungunsten der Neuen Bundesländer, ist dabei zu vermeiden. Gekürzt werden darf aber nicht nur einseitig bei den Direktzahlungen an die Landwirte. Die Ausgaben für Marktordnung, die hauptsächlich großen Konzernen und Exportunternehmen zugute kommen, müssen ebenfalls gekürzt und für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung zur Verfügung gestellt werden.